

Zürich

Die offene Kirche Zürich provoziert Obrigkeit

Die Katholiken haben sich im Kanton Zürich dank der staatlichen Anerkennung emanzipiert. Sie kümmern sich heute um die unbequemen Schwachen. Aber ihr Bischof sorgt sich um innerkirchliche Strukturen.

Von Michael Meier

Zürich - Genau zum 50-Jahr-Jubiläum der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Zürcher Kirche stellt Bischof Vitus Huonder diese ganz grundsätzlich infrage. Am 7. Juli 1963 nahm das Zürcher Volk das Gesetz über das katholische Kirchenwesen an. Damit wurde die römisch-katholische Körperschaft samt Zentralkommission und 75 Kirchgemeinden öffentlich-rechtlich anerkannt. Grössen, denen Huonder im Streit mit Regierungsrat Martin Graf das Kirchenwesen rundweg abspricht: Sie seien nicht Teil der Kirche, ja sie widersprächen strukturell dem Wesen der Kirche.

Dabei erfüllte sich damals der Wunsch der Katholiken, nicht mehr Bürger zweiter Klasse zu sein, mit den Reformierten gleich- und in die Regierung und viele andere staatliche Stellen einzuziehen. Das ehemals privatrechtlich organisierte Katholisch-Zürich verfügt seither über ein Kirchsteuersystem, das von Bischof Huonder und Generalvikar Martin Griching bekämpft wird, den Katholiken aber erlaubt, ein ganzes Netz von Diakonie- und Seelsorgestrukturen aufrechtzuerhalten. Martin Graf würdigte in seiner Rede, die den Streit auslöste, die Caritas, die Jugendseelsorge, die Ehe- und Paarberatung und - besonders wichtig in einer dank der Einwanderung wachsenden Kirche - die Migrantenseelsorge. Nicht zu vergessen die Bahnhofskirche, das Aids-Pfarramt oder die Sihlcity-Kirche. Im Jubiläumsjahr unterstützen die Zürcher Katholiken Projekte zur «Arbeitsintegration von Jugendlichen ohne gradlinigen Lebensverlauf».

«Wer gehört noch zur Kirche?»

Die Steuereinnahmen ermöglichen es der Zürcher Kirche, breit diakonisch tätig zu sein. In ihrem Pastoralplan von 1999 hat sie bewusst die Diakonie vor die Liturgie gestellt: zuerst der Mensch, dann die Kirche. Laut dem Zürcher Historiker Max Stierlin, Autor des Buches «Der Weg der Katholiken im Kanton Zürich», kümmert sich die Kirche besonders um die neuen sozialen Probleme und Sozialfälle in der Stadt: um die Verlierer der Patchworkfamilien, um allein-erziehende Mütter, um Schwangere ohne soziales Netz, auch um die Einwanderer und Anderssprachigen. «Die Kirche übernimmt Verantwortung für die Vielfalt neuer Lebensformen und macht sich angreifbar, weil sie es auch mit den unbequemen Schwachen zu tun hat.»

Stierlin meint damit die Aidskranken, die Homosexuellen und die wieder-verheirateten Geschiedenen, die der Bischof durch Ausschluss von den Sakramenten zu Aussenseitern mache. «50 Prozent Geschiedene, 10 Prozent Homosexuelle - wer gehört dann überhaupt noch zur Kirche?»

Für Stierlin ist es die sozialdiakonische Ausrichtung, welche die öffentlich-rechtliche Körperschaft fundamental

von der Churer Bistumsleitung unterscheidet: «Es ist eine falsche Arbeitsteilung: Chur macht nichts im Sinne sozialer Dienstleistungen, kultiviert vielmehr die Innensicht der Kirche. Huonder, der das Kirchenrecht und die Liturgie betont, hat zwei Pfarreien für die Feier der alten Messe eingerichtet und achtet stets auf die stimmige Farbe des Messgewands.» Stierlin spricht von einer an der Bistumsspitze stattfindenden «Verklichung» - als Reaktion auf die sozialdiakonische Öffnung der Körperschaft.

Das entzauberte Kirchenbild

Die Kluft zwischen dem Churer Bischof und der Zürcher Körperschaft hatte sich laut Stierlin bereits 1983 durch die Schaffung der Zürcher Synode als kirchliches Parlament angekündigt. Eigentlich Administrativbehörde zur Verwaltung der Steuermittel, ermöglicht sie Laien und Frauen, Leitungssämter zu übernehmen und in der Kirche demokratisch mitzubestimmen. Als Reaktion darauf haben Chur und Rom 1987 durch die Wahl von Wolfgang Haas zum Weihbischof mit Nachfolgerecht das Churer Domkapitel seines Bischofswahlrechts beraubt. Die Bistumsleitung will zurück in die Zeiten, als der Bischof das letzte Wort hatte und dieses autoritär verfügte.

Doch die Wende von 1963 hat das autoritäre Kirchenbild definitiv entzaubert, verstärkt durch den allgemeinen gesellschaftlichen Wandel: Die Postmoderne entriss den Grossideologien, auch der katholischen, den Boden. Im Vorlauf zu 1968 wurden alle Autoritäten infrage gestellt. 1963 begann auch das Zweite Vatikanische Konzil, das für die Bischöfe mehr Kollegialität und für die Laien mehr Mitsprache einforderte. Es herrschte Aufbruchstimmung.

Doch die Hoffnung, auch in der Kirche werde alles anders, erfüllte sich nicht. Die enttäuschten Hoffnungen und der Megatrend der Säkularisierung führten zu einem Aderlass von Priestern und Ordensleuten. Stierlin: «Das Heer von Priestern, Vikaren und Ordensleuten, das bis dahin seelsorgerisch und diakonisch unterwegs war, gab es nicht mehr.» Der Bischof verlor den Grossteil des Personals und damit seine Rolle.

Kurz: Das katholische Milieu mit dem Bischof an der Spitze brach auseinander. Der Kitt der privatrechtlichen Solidarität löste sich auf, war auch nicht mehr nötig. Die bisher von den Ordensgemeinschaften geleistete Diakonie übernahmen der Staat und die katholische Körperschaft. Diese öffnete ihre sozialen Angebote auch für die Kirchenfernen und Angehörigen anderer Konfessionen. Treffendes Bild dafür ist das Restaurant Züri-Himmel, mit dem die Körperschaft am Züri-Fäscht präsent sein wird. Gerade in ihrer für alle offenen sozialen Tätigkeit ist die Zürcher Kirche laut Stierlin nicht auf das ständige Eingreifen des Bischofs angewiesen.



Katholische Diakonie: Die Caritas Zürich bereitet ausländische Eltern auf den Schulbeginn ihrer Kinder vor. Foto: Christoph Wider

Geschichte des Zürcher Katholizismus

Parallelgesellschaft mit Bischof an der Spitze

Als Einwanderer bildeten die Katholiken in Zürich bis 1963 eine Sondergesellschaft mit eigenen Schulen, Spitälern und Parteien.

Vor der Wende, die das Jahr 1963 herbeiführte, fühlten sich die Katholiken als Bürger zweiter Klasse. Von der Reformation bis Anfang des 19. Jahrhunderts waren sie in Zürich nicht einmal geduldet. Am 12. April 1525 wurde die Messe formell abgeschafft und bei Strafe verboten. Fortan war das Kloster Fahr die Pfarrkirche der wenigen Zürcher Katholiken. 1807, als in Zürich die Tagsatzung stattfand, musste eine Gottesdienstgelegenheit für die katholischen Teilnehmer geschaffen werden. So kam es zum sogenannten Toleranzedikt. Es ermöglichte die Katholische Gemeinde Zürich.

Mit der Niederlassungsfreiheit 1848 und der Industrialisierung strömten immer mehr katholische Einwanderer nach Zürich - aus den katholischen Stammländern der Schweiz, aber auch aus dem benachbarten Ausland. Man brauchte Fachleute oben und unten,

auszubildende Akademiker an der Universität und vor allem Arbeiter in den Fabriken. Katholisch-Zürich, das waren damals hauptsächlich Dienstmädchen, Hilfskräfte, Handwerker, Tagelöhner.

1873 spaltete die Unfehlbarkeitserklärung des Papstes die Katholische Kirchgemeinde Zürich. Die romtreuen Katholiken zogen aus der Augustinerkirche aus und gründeten eine katholische Genossenschaft mit dem Ziel eines eigenen Kirchenbaus. Ein Jahr später konnten sie die «Armeleutkirche» St. Peter und Paul einweihen.

Solidaritätsnetz neben Staat

Damals entstand die katholische Sonder- oder Parallelgesellschaft. Auf privatrechtlichem Weg gründete sie Genossenschaften, Missionsstationen und Pfarreien, die den Einwanderern Existenzsicherung boten. Es bildete sich neben dem Staat ein ganzes Solidaritätsnetz aus Spitälern, Schulen, Kinderheimen. Laut dem Historiker Max Stierlin wurden die Pfarreien zu Sozialstationen, die Geistlichen zu Bettelpfarrern. Vikare und Klosterfrauen arbeiteten meist für Gotteslohn. Die neuen Frauenkongregationen in Ingenbohl und Men-

zingen gründeten in Zürich grosse Sozialwerke, vom Spital Theodosianum bis zur Mädchen-Sekundarschule.

Vorbild der katholischen Parallelgesellschaft war laut Stierlin die Evangelische Gesellschaft Zürich, die praktisch gleichzeitig, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, entstanden war. Sie war eine Reaktion auf die liberale Theologie der reformierten Landeskirche, setzte auf Bibeltreue und bildete eine Art Freikirche. Privatrechtlich organisiert, gründete sie das Lehrerseminar Unterstrass, das Freie Gymnasium, die Kranken- und Diakonissenanstalt Neumünster, später die Dargebotene Hand. «Der Nationalstaat war damals noch ein Mythos», sagt Stierlin, «es gab in ihm mehrere weltanschauliche Milieus.» Parallelgesellschaften, wie sie heute in analoger Weise die Muslime in christlichen Ländern aufbauen.

«Der Diasporakatholizismus vor 1963 war geprägt von einer grossen Solidarität nach innen und einer starken Abgrenzung nach aussen», so Stierlin. Die Leit- und Integrationsfiguren an der Spitze der geschlossenen katholischen Subkultur waren die Bischöfe.

Michael Meier

Streit im Vorstand der Baugenossenschaft

Die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich will ein Vorstandsmitglied loswerden. Sollte dies nicht gelingen, will das gesamte Gremium zurücktreten.

Von Jvo Cukas

Zürich - Die Generalversammlung (GV) der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) am 24. Juni hat es in sich: Die 700 Genossenschafter müssen darüber befinden, ob das Vorstandsmitglied Michael Besmer aus dem neunköpfigen Gremium zurücktreten muss. Dies schreibt die Wochenzeitung «P.S.» in ihrer aktuellen Ausgabe. Schon in der Einladung zur GV macht der Vorstand klar: «Alle gewählten Vorstandsmitglieder beantragen die Abwahl des vor zwei Jahren gewählten Michael Besmer.» Sollte diese nicht stattfinden, so kündigt der Vorstand an, werde er geschlossen zurücktreten.

Ende Mai hatten Vertrauensleute der Genossenschaft in einer ausserordentlichen Versammlung die Abwahl ebenfalls empfohlen. Ein Flugblatt der genossen-

schaftsinternen Oppositionsgruppe «Denk-mal ABZ», der ursprünglich auch Besmer angehörte, findet klare Worte: «An dieser fast dreistündigen Sitzung wurde nichts geklärt. Erst die Drohung von Präsident Peter Schmid, dass der Vorstand zurücktreten würde, bewegte eine knappe Mehrheit, dem Antrag zuzustimmen.» Schmid, Präsident der ABZ, weist diese Darstellung zurück. «Es geht um das Vertrauen, das uns abhandengekommen ist.» In einem Brief des Vorstands an die Genossenschafter zur GV heisst es: «Besmer verunsicherte durch Informationen, die er ohne unser Wissen an alle Mitarbeitenden verschickte. Und immer wieder irritierte sein unkollegialer Umgang mit abwertenden und für die Vorstandsmitglieder verletzenden Kommentaren.»

Keine längerfristigen Strategien

Besmer selbst sagt dazu: «Ich habe im beschriebenen Fall als Personalvertreter transparent mit den Mitarbeitenden über Anliegen aus ihren eigenen Reihen kommuniziert.» Er habe intern immer wieder deutlich Kritik geäussert, sei dabei aber sachlich geblieben. «Ich glaube, grund-

sätzlich geht es hier um die Kritikfähigkeit der Vorstandsmitglieder.» Der zentrale Vorwurf Besmers: «Ausser bei den Bauvorhaben gibt es keine längerfristigen Strategien, die klar festgelegt werden.» Seien Strategien vorhanden, «werden sie den Genossenschaftern und Mitarbeitenden nicht kommuniziert». Dies sei für viele Mitarbeiter ein Problem: «Sie dürsten nach Orientierung und wollen nicht bloss Befehlspfeifer sein.» ABZ-Präsident Schmid sagt dazu: «In Gesprächen stelle ich fest, dass von einer grundsätzlichen Unzufriedenheit keine Rede sein kann.» Auch wenn es wegen eines Geschäftsführerwechsels und Diskussionen um den GAV einzelne Verunsicherungen gebe. Zum Thema Strategien: «Eine externe Revisionsstelle schätzte unseren Organisationsgrad kürzlich auf höchstem Niveau ein.»

Schmid rechnet mit einer Abwahl Besmers am 24. Juni. Besmer sagt demgegenüber, dass die Entscheidung an der GV für beide Seiten knapp werden könne. Besonders das ABZ-Personal sei nicht erfreut über den Antrag zu seiner Abwahl. «Man muss sich überlegen, wie man den Vorstand neu zusammenstellen kann.»

Viel Gift in asiatischem Gemüse

Wer sein exotisches Gemüse in kleinen asiatischen Läden kauft, sollte aufpassen. Die Lebensmittel können gesundheitsgefährdende Mengen Pestizide enthalten.

Von Thomas Zemp

Zürich - Das Kantonale Labor hat 2012 zahlreiche importierte Waren wie thailändische Auberginen, scharfe Chilis oder Schlangenbohnen getestet und ist dabei oft fündig geworden: Bei 7 Prozent der Proben musste der Konsument mit einer Gesundheitsgefährdung rechnen - so verunreinigt war das Gemüse. Das schreibt das Labor im Jahresbericht.

Besonders alarmierend für die Kontrolleure war ein Test von Cantonese Lettuce: Wer nur ein einziges Gramm des exotischen Gemüses ass, hatte die akute Referenzdosis des Insektizids Prothiofos schon um das Elfache überschritten. In die rohen Blätter des Kohlgewächses - die dem heimischen Lattich ähneln - packt man zu Tisch beispielsweise würziges Hackfleisch zu einem Wrap ein.

Einfluss nehmen auf die Produzenten kann das Labor gemäss Jahresbericht kaum: Es sei fast unmöglich, die Proben in die weit entfernten Länder zurückzuverfolgen. Somit könne das Labor die Ursachen bei Höchstüberschreitungen nicht aufklären. Bei den Importeuren dagegen zeigten die verstärkten Kontrollen der letzten Jahre Wirkung. Diese hätten das Sortiment angepasst oder zu seriösen Lieferanten gewechselt.

Auch bei Curryblättern sind die Kontrolleure aufgeschreckt: Von elf Proben mussten sie neun beanstanden. Diese enthielten zwischen 19 und 28 Rückstände von Pestiziden pro Probe - teils in ungläublichen Mengen. Bei sechs Proben konnten die Labormitarbeiter eine Gesundheitsgefährdung beim Genuss nicht ausschliessen.

Insgesamt hatten die Kontrolleure im vergangenen Jahr 836 pflanzliche Lebensmittel - von Gemüse über Obst bis zu Babynahrung und Sauser - aus der Schweiz und dem Ausland auf Rückstände von Pestiziden untersucht. 106 wurden beanstandet, 19 Proben waren gesundheitsgefährdend. 16 von diesen stammten aus Asien.